



Inhalt	Seite
<b>GI Leitsätze</b>	32
<b>Haftung des Steuerberaters</b>	33
– Steuergestaltungsberatung (OLG Frankfurt Ur.t.v. 4.4.1989 – 14 U 231/87)	
<b>Haftung des Steuerberaters</b>	36
– Agenturgeschäft – vermeidbare Umsatzsteuer, Ertragssteuerersparnis (OLG Hamm Ur.t.v. 30.9.1988 – 25 U 251/87)	
<b>Haftung des Steuerberaters</b>	38
– Begünstigter Umsatzsteuersatz – Vorteilsanrechnung (LG Oldenburg Ur.t.v. 27.8.1984 – 13 O 864/84)	
<b>Haftung des Steuerberaters</b>	40
– Verdienstbescheinigung – Auskunftsvertrag mit Kreditgeber (LG Paderborn Ur.t.v. 19.10.1989 – 3 O 304/89)	
<b>Versicherungsschutz des Wirtschaftsprüfers / Steuerberaters</b>	42
– Wirksamkeit der AVB – Versicherungsausschluß wegen der Empfehlung von wirtschaftlichen Geschäften, § 4 Zif. 4 AVB – Versicherungsausschluß wegen wissentlicher Pflichtverletzung, § 4 Zif. 6 AVB (LG Stuttgart Ur.t.v. 12.12.1989 – 17 O 279/89)	
<b>Haftung des Steuerberaters</b>	47
– Veräußerung von Gesellschaftsanteil und Betriebsgrundstück (LG Wuppertal Ur.t.v. 6.12.1988 – 5 O 168/88)	
<b>GI Hinweis</b>	48

## GI Leitsätze

### Berufsverbot

Wer einem Berufsverbot zuwiderhandelt, weil er annimmt, seine dagegen eingelegte Beschwerde habe aufschiebende Wirkung, handelt in einem den Vorsatz ausschließenden Tatbestandsirrtum.

(BGH Beschl. v. 26.1.1989 – wistra 1989, 181)

### Anmerkung:

Einem Rechtsanwalt wurde die Berufsausübung vorläufig untersagt. Gleichwohl trat er in zwei Zivilverfahren weiterhin als Rechtsanwalt auf, indem er Schriftsätze verfaßte und diese an das LG leitete. Gegen das vorläufige Berufsverbot hatte er Beschwerde eingelegt. Der Anwalt wurde wegen des Irrtums über die aufschiebende Wirkung seiner Beschwerde freigesprochen.

### Prozeßanwalt/Rechtsmittelanwalt: Fristprüfung

Die ständige Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes, daß sich bei der Erteilung von Rechtsmittelaufträgen die Sorgfaltspflicht des beauftragenden Rechtsanwalts nicht in dem rechtzeitigen Absenden des Auftragsschreibens erschöpft, sondern dieser auch dafür Sorge tragen muß, daß der beauftragte Rechtsanwalt den Auftrag innerhalb der laufenden Rechtsmittelfrist bestätigt, ist mit Art. 19 Abs. 4 und Art. 103 Abs. 1 GG vereinbar.

Besteht zwischen dem erstinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten und dem Rechtsmittelanwalt im Einzelfall oder allgemein die Absprache, daß dieser Rechtsmittelaufträge annehmen, prüfen und ausführen wird, so besteht für den beauftragenden Rechtsanwalt in der Regel kein Grund, von sich aus den Ablauf der Rechtsmittelfrist weiterhin zu überwachen.

(BGH Beschl. v. 11.7.1988 – II ZB 5/88)

### Fristversäumnis, Telefax, Fristenkontrollbuch

Soll eine Rechtsmittel- oder Rechtsmittelbegründungsschrift per Telefax übermittelt werden, so erfordert eine wirksame Endkontrolle fristwahrender Maßnahmen, daß die jeweilige Frist erst gelöscht wird, wenn ein von dem Telefaxgerät des Absenders ausgedruckter Einzelnachweis vorliegt, der die ordnungsgemäße Übermittlung belegt.

(BGH Beschl. v. 28.9.1989 – VII ZB 9/89, VersR 1989, 1316)

### Falsche Information des Berufungsanwalts über Fristablauf

Informiert der Prozeßbevollmächtigte der ersten Instanz den Berufungsanwalt falsch über den Ablauf der Berufungsfrist, so haftet er aus positiver Vertragsverletzung für den Schaden, der dadurch entsteht, daß ein unrichtiges Urteil der ersten Instanz rechtskräftig wird.

(OLG Düsseldorf Urf. v. 13.7.1989 – 8 U 223/88, VersR 1989, 1262)

### Prozeßvollmacht per Telebrief

Wird dem Vertreter eines Verfahrensbeteiligten zur Nachreichung der Vollmacht eine Frist nach § 62 III 2 FGO i. V. mit Art. 3 § 1 S. 1 VGFGEntlG gesetzt, so genügt es zur Fristwahrung, daß innerhalb der Frist eine im Telebriefverfahren übermittelte Vollmacht bei Gericht eingereicht wird.

(BFH Urf. v. 19.1.1989 – IV R 21/87, NJW 1989, 2646)

## Haftung des Steuerberaters

– Steuergestaltungsberatung

(OLG Frankfurt Urt. v. 4.4.1989 – 14 U 231/87)

### Leitsätze (d. Verf.):

1. Wird der Steuerberater bei einer geplanten gesellschaftsrechtlichen Umwandlung hinzugezogen, hat er über das Entstehen eines Veräußerungsgewinns und die Höhe der zu erwartenden steuerlichen Belastung zu belehren.
2. Ist bewiesen oder unstreitig, daß Beratungsgespräche zur Umwandlung der Gesellschaft geführt wurden, hat der Mandant darzulegen und zu beweisen, daß der Steuerberater bei diesen Gesprächen objektiv seine Pflichten verletzt hat.
3. Der Steuerberater trägt die Beweislast dafür, daß der Mandant den Rat oder Hinweis nicht befolgt hätte, d. h. der Schaden also auch bei pflichtgemäßer Aufklärung und Beratung entstanden wäre.

### Aus den Gründen:

Der Beklagte hat seine Pflichten aus dem Steuerberatervertrag gegenüber den Eltern des Klägers schuldhaft verletzt, weil er sie nicht richtig über die steuerlichen Folgen der geplanten Änderung des Gesellschaftsvertrages aufgeklärt hat.

1. Im Rahmen des bestehenden allgemeinen Steuerberatervertrages hatte der Beklagte es auch übernommen, die Eltern des Klägers bei der Umgestaltung der Gesellschaftsverhältnisse steuerrechtlichen zu beraten. Das räumt er selbst ein, indem er behauptet, er sei dieser Beratungspflicht ordnungsgemäß nachgekommen. Außerdem ergibt sich aus seinem Schreiben vom 6.12.1979, daß er auf Wunsch der Eltern des Klägers sogar den Vertragsentwurf nach steuerlichen Gesichtspunkten überarbeitet hat. Deshalb ist es für die Entscheidung im vorliegenden Rechtsstreit ohne Bedeutung, daß der Beklagte – worauf er in seinen Schriftsätzen immer wieder hinweist – an dem Abschluß des Gesellschaftsvertrages v. 28.12.1979 vor dem Notar R. nicht teilgenommen hat. Entscheidend ist allein, daß er verpflichtet war, die Eltern des Klägers **vor dem Abschluß dieses Vertrages hinsichtlich der steuerrechtlichen Folgen der geplanten Vertragsgestaltung zu beraten.**

2. Infolgedessen war der Beklagte verpflichtet, die Eltern des Klägers, insbesondere über das Entstehen eines Veräußerungsgewinns, die Höhe der zu erwartenden steuerlichen Belastung und die in Frage kommenden sonstigen Gestaltungsmöglichkeiten zu belehren. Durch das Gutachten des Sachverständigen Dr. D. v. 24. 3. 1987 ist bewiesen, daß der entstandene Veräußerungsgewinn eine zwingende Folge davon gewesen ist, daß die Eltern des Klägers vollständig aus der Gesellschaft ausgeschieden sind, aber das Betriebsgrundstück behalten haben. **Das Entstehen eines solchen Veräußerungsgewinns hätte deshalb nur durch eine andere rechtliche Gestaltung vermieden werden können.** Dafür kam in erster Linie in Betracht, daß die Eltern des Klägers eine geringe Beteiligung an der Gesellschaft, etwa als Kommanditisten, behielten. Eine andere Möglichkeit wäre es gewesen, das Betriebsgrundstück unentgeltlich auf einen Gesellschafter der Kommanditgesellschaft zu übertragen, also entweder auf den Kläger oder auf dessen Sohn. Da jedenfalls diese beiden Möglichkeiten gegeben waren, kann dahingestellt bleiben, ob das Entstehen eines Veräußerungsgewinns auch dadurch zu vermeiden gewesen wäre, daß die Eltern des Klägers das Grundstück an die Kommanditgesellschaft verpachteten. Das ist zwischen den Parteien streitig und nach den Ausführungen des Sachverständigen zweifelhaft.

3. Der Beklagte hat seine Verpflichtung, die Eltern über die zu erwartende steuerliche Belastung aufzuklären und ihnen Wege zur Vermeidung dieser Belastung aufzuzeigen, nicht ausreichend erfüllt.

Allerdings läßt sich nicht feststellen, daß er es überhaupt versäumt hat, die Eltern des Klägers darauf hinzuweisen, daß das Grundstück aus dem Sonderbetriebsvermögen der OHG ausschied und ein Veräußerungsgewinn entstand, wenn sie ihre Beteiligung an der Gesellschaft vollständig aufgaben. Insoweit ist den Ausführungen des Landgerichtes in den Entscheidungsgründen des angefochtenen Urteils zu folgen. Danach ist **bewiesen, daß zwischen den Eltern und dem Beklagten beratende Gespräche im Zusammenhang mit der geplanten Umwandlung der Gesellschaft geführt worden sind.** Infolgedessen trägt der Kläger die Darlegungs- und Beweislast dafür, daß der Beklagte bei diesen beratenden Gesprächen **objektiv seine Pflichten verletzt hat** (BGH GI 3/85 = NJW 1985, 264; GI 1986, 77 = NJW 1986, 2570). Er hat nicht beweisen können, daß der Beklagte die Eltern des Klägers überhaupt nicht auf das Entstehen eines Veräußerungsgewinns hingewiesen hat.

Jedoch ergibt sich aus der eigenen Aussage des Beklagten vor dem Landgericht, daß dieser die Eltern des Klägers nicht über die steuerliche Belastung aufgeklärt hat, die diese aufgrund des Veräußerungsgewinns zu erwarten hatten. Der Beklagte hat nämlich bekundet, überschlägige Rechnungen hätten zunächst ergeben, daß unter Berücksichtigung der zu

erwartenden Freibeträge keine weitere steuerliche Belastung auf die Eltern des Klägers zukommen werde. Ihm habe damals der Brandkassenbrief aus dem Jahre 1968 vorgelegen. Anhand dieses Brandkassenbriefes habe er „in einer der üblichen Verfahrensweisen“ den Verkehrswert berechnet. Auf die Gefahr erheblich steuerlicher Nachzahlungen habe er nicht hingewiesen, weil er dazu keine Veranlassung gehabt habe.

Damit war die steuerliche Beratung durch den Beklagten in diesem Punkt objektiv falsch. In Wirklichkeit hat nämlich der Veräußerungsgewinn dazu geführt, daß der Kläger als Erbe seiner Eltern gemäß berechtigtem Steuerbescheid v. 14. 6. 1985 insgesamt 33.583,99 DM Einkommen- und Kirchensteuer nachzuentrichten hat. Diese Nachversteuerung beruht allein darauf, daß das Finanzamt bei der Nachprüfung der Steuerfestsetzung den Grundstückswert und damit den Veräußerungsgewinn erheblich höher bemessen hat, als es der Beklagte errechnet hätte. Zu einer richtigen und vollständigen Beratung der Eltern des Klägers hätte es deshalb gehört, daß der Beklagte sie darüber aufklärte, daß ein Veräußerungsgewinn in der später vom Finanzamt errechneten Größenordnung zu erwarten und damit eine steuerliche Belastung von über 30.000,- DM verbunden war, und durch welche rechtliche Gestaltung diese steuerliche Belastung zu vermeiden war.

Die vom Beklagten vorgenommene Berechnung des Grundstückswertes war objektiv falsch. Dabei ist es von untergeordneter Bedeutung, daß er bei der Berechnung der Gebäudewerte noch von dem bereits überholten Gebäudeversicherungsschein v. 22. 8. 1968 und damit von einem Brandkassenwert der Gebäude in Höhe von 36.000,- DM ausgegangen ist, obwohl der Brandkassenwert inzwischen durch Gebäudeversicherungsschein v. 28. 2. 1977 auf 40.800,- DM festgesetzt worden war. Der Unterschied zwischen diesen beiden Brandkassenwerten hat sich nämlich auf die Ermittlung des Grundstückswertes nur in einem verhältnismäßig geringen Umfang auswirkt, weil er nur rund 11,5% des Wertes ausmacht, den der Beklagte seiner Berechnung zugrunde gelegt hat. Der wesentliche Grund für die zu niedrige Wertberechnung des Beklagten liegt vielmehr darin, daß der Beklagte eine falsche Berechnungsmethode angewandt hat als er versuchte, anhand des Brandkassenwertes den gemeinen Wert der Gebäude zu errechnen. Er hat nämlich die Preisindizes für Wohn- und Betriebsgebäude aus dem Jahre 1968 denen aus dem Jahre 1978 gegenübergestellt und nach dem Verhältnis dieser Indizes für das Wohnhaus einen Wert von 29.985,- DM, für die übrigen Gebäudeteile einen solchen von 41.823,- DM errechnet. Diese Berechnungsmethode wäre nur dann richtig, wenn der Brandkassenwert dieser Gebäude, der in dem Gebäudeversicherungsschein v. 22. 8. 1968 mit 36.600,- DM angegeben ist, dem gemeinen Wert der Gebäude im Jahre 1968 entsprochen hätte. Das ist aber eindeutig nicht der Fall. Bei dem Brandkassenwert handelt es sich um den Neubauwert, die die Gebäude im Jahre 1914 gehabt hätten, also um eine bloße Rechengröße, aus der der gemeine Wert im Jahre 1968 erst durch die

Multiplikation mit einem bestimmten Faktor hätte ermittelt werden können. Andererseits hätten von dem so ermittelten Neuwert Abschläge für die Abnutzung der Gebäude und für etwaige bauliche Mängel vorgenommen werden müssen. Der gemeine Wert, den das Betriebsgrundstück mit den Gebäuden im Jahre 1979 hatte, hätte deshalb in der Weise errechnet werden müssen, wie es das Finanzamt in seiner Berechnung vom 4.4.1985 getan hat.

Diesen **Fehler bei der Ermittlung des Grundstückswerts** hat der Beklagte auch zu vertreten; denn bei einem sorgfältigen Vorgehen hätte ihm klar werden müssen, daß die von ihm angewandte Berechnungsmethode falsch war. Es ist allgemein bekannt und auch dem jeweiligen Gebäudeversicherungsschein eindeutig zu entnehmen, daß der Brandkassenwert, der für ein Gebäude festgesetzt worden ist, nicht dem gemeinen Wert des Gebäudes zum Zeitpunkt der Ausstellung des Brandversicherungsscheins entspricht, sondern dem Neubauwert, bezogen auf das Jahr 1914. Deshalb kann der gemeine Wert eines Gebäudes nicht auf die Weise ermittelt werden, daß man den Brandkassenwert lediglich in dem Verhältnis erhöht, in dem die Preisindizes für Gebäude in der Zeit zwischen der Ausstellung des Brandversicherungsscheins und dem Zeitpunkt der Wertermittlung gestiegen sind. Das muß ein Steuerberater aufgrund der Kenntnisse und Fähigkeiten, die von ihm zu erwarten sind, erkennen.

Es kann den Beklagten auch nicht entschuldigen, daß das Finanzamt zunächst mit Bescheid v. 13.9.1982 den Veräußerungsgewinn auf nur 76.179,- DM festgesetzt, also den vom Beklagten errechneten Wert nicht beanstandet hat. Dieser Feststellungsbescheid ist nämlich gemäß § 164 Abs. 1 AO unter dem Vorbehalt der Nachprüfung ergangen. Das bedeutet, daß das Finanzamt zunächst die vom Beklagten stammenden Angaben über den Grundstückswert ungeprüft übernommen und sich ausdrücklich vorbehalten hat, sie später noch nachzuprüfen.

## **Haftung des Steuerberaters**

- Agenturgeschäft
  - vermeidbare Umsatzsteuer, Ertragssteuerersparnis
- (OLG Hamm Urt. v. 30.9.1988 – 25 U 251/87)

### **Leitsätze (d. Verf.):**

1. Sind Agenturabrechnungen nicht ordnungsgemäß versandt und ist die Preisuntergrenze nicht eingesetzt worden, so hat der Steuerberater den Mandanten darauf hinzuweisen, unter welchen Voraussetzungen er Umsatzsteuer vermeiden kann.

2. Bestreitet der Mandant, dem Steuerberater übergebene Verträge zurück- erhalten zu haben, so hat dieser den Beweis für die Rückgabe anzutreten.
3. Der Einkommen- und Gewerbesteuerersparnis wegen überhöhter Umsatz- steuer steht die Steuerpflicht der Schadenersatzleistung gegenüber.

#### Aus den Gründen:

Die Berufung der Beklagten ist zulässig, aber nicht begründet. Die Beklagte ist dem Kläger aus positiver Vertragsverletzung schadenersatzpflichtig. Als steuerliche Beraterin des Klägers war sie diesem gegenüber dazu verpflichtet, ihn vor dem Anfall vermeidbarer Steuern zu bewahren. Eine unnötige Steuerbelastung ist vorliegend dadurch eingetreten, daß die Verträge so ausgestaltet waren, daß Umsatzsteuer anfiel, was bei ordnungsgemäßer Behandlung als Agenturgeschäfte vermieden worden wäre. Es war Sache der Beklagten darauf zu achten, daß alle Voraussetzungen für eine Vermeidung der Umsatzsteuerpflicht geschaffen wurden. Dabei ist es unerheblich, ob es schon ausgereicht hätte, wenn die Beklagte die Agenturabrechnungen bei den Verträgen aus dem Jahre 1982 ordnungsgemäß versandt und bei dem Vertrag aus dem Jahre 1984 die Preisuntergrenze eingesetzt hätte. Auch wenn es, wie die Beklagte vorträgt, an hinreichend klaren Agenturverträgen fehlte, hätte sie den Kläger darauf **hinweisen müssen, daß er seine Verträge anders fassen müsse**, wenn er die Umsatzsteuer vermeiden wollte. Weiter war es Sache der Beklagten, den Kläger darauf hinzuweisen, daß bei dem Vertrag aus dem Jahre 1984 die Preisuntergrenze eingetragen werden mußte. Unstreitig ist keiner dieser Hinweise erfolgt.

Durch die nicht ordnungsgemäße Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Steuerberatungsvertrag ist dem Kläger in Gestalt der Umsatzsteuernachzahlung auch ein Vermögensschaden entstanden. Insbesondere ist der Senat auf Grund der Aussage des Zeugen F., an dessen Glaubwürdigkeit keine Zweifel bestehen, davon überzeugt, daß die Umsatzsteuerfestsetzungen rechtskräftig geworden sind, dem Kläger die gezahlte Steuer also nicht (und zwar auch nicht teilweise) wieder erstattet worden oder noch zu erstatten ist.

Gegenüber dem Schadenersatzanspruch des Klägers kann die Beklagte auch nicht einwenden, die Aufbewahrung der fehlenden Verträge aus dem Jahre 1981 sei Sache des Klägers gewesen. Da die Buchungen im Büro der Beklagten vorgenommen wurden, hatte diese die Verträge zunächst unstreitig in ihrem Besitz. Nachdem der Kläger bestreitet, **daß die Beklagte ihm die Verträge zurückgegeben hat, hätte diese insoweit Beweis antreten müssen**, was sie nicht getan hat.

Dem Schadenersatzanspruch des Klägers steht auch nicht entgegen, daß er wegen der Umsatzsteuerfestsetzung Einkommen- und Gewerbesteuer erspart hat. Dabei ist zunächst zu berücksichtigen, daß der von der Beklagten zu lei-

stende Schadenersatz für den Kläger eine betriebliche Einnahme ist, die wieder versteuert werden muß, womit die frühere Ersparnis nachträglich weitgehend wegfällt. Überdies hat der Kläger von den als Umsatzsteuer gezahlten 94.048,29 DM lediglich 39.000,- DM geltend gemacht, wobei er insgesamt 55.000,- DM als Steuerersparnis in Abzug gebracht hat. Ob er dazu verpflichtet war oder ob sein Schadenersatzanspruch in Wirklichkeit nicht höher als 39.000,- DM ist, kann im Rahmen dieses Verfahrens dahingestellt bleiben.

Da demnach nicht feststeht, daß der Schaden des Klägers mit den geltend gemachten 39.000,- DM vollständig erfaßt ist, war auch dem Feststellungsantrag stattzugeben. Damit war die Berufung der Beklagten in vollem Umfang als unbegründet zurückzuweisen.

### **Haftung des Steuerberaters**

- Begünstigter Umsatzsteuersatz
- Vorteilsanrechnung

(LG Oldenburg Ur.t.v. 27.8.1984 - 13 O 864/84)

### **Leitsätze (d.Verf.):**

1. Der Steuerberater muß bei der Abgabe der Umsatzsteuererklärung erkennen, ob und ggf. welcher Umsatzsteuersatz den Umsätzen des Mandanten zugrunde zu legen ist (hier: Pferdepenionsbetrieb).
2. Die zuviel gezahlte Umsatzsteuer reduziert die Einkommen-, Kirchen- und Gewerbesteuer.
3. Der Mandant muß die ertragsteuerliche Mehrbelastung durch die Schadenersatzleistung darlegen, die wegen der anderen Steuersätze, verglichen mit denjenigen, die sich ergeben hätten, wenn die Erträge - verteilt auf die früheren Veranlagungsjahre - versteuert worden wären.



### Aus den Gründen:

Der Kläger kann von der Beklagten die Erstattung von DM 31.322,66 nebst 4 % Zinsen seit dem 1.1.1984 verlangen, da die Beklagte schuldhaft den zwischen den Parteien abgeschlossenen Steuerberatungsvertrag verletzt hat und durch diese Fehlverhaltensweise der Beklagten ein derartiger Schaden entstanden ist.

Soweit der Kläger weitergehende Ansprüche geltend macht, ist die Klage unbegründet und war deshalb abzuweisen.

Nach dem zwischen den Parteien abgeschlossenen Steuerberatungsvertrag war die Beklagte verpflichtet, den Kläger in allen steuerlichen Angelegenheiten zu beraten, die entsprechenden Steuererklärungen korrekt abzugeben und die eingehenden Steuerbescheide auf ihre Ordnungsmäßigkeit zu überprüfen.

Gegen diese Verpflichtung hat die Beklagte zulasten des Klägers verstoßen, da sie einen Großteil der klägerischen Umsätze gegenüber dem Finanzamt falsch deklariert hat, worauf fehlerhafte Steuerbescheide ergingen, die die Beklagte dann auch nicht beanstandete.

Für die Jahre 1973 bis 1980 stufte die Beklagte die Umsätze des Klägers als Umsätze gemäß § 12 Absatz 1 UStG ein und meldete sie bei dem zuständigen Finanzamt auch derart an. Daraufhin ermittelte das Finanzamt auch nach dieser steuerrechtlichen Vorschrift die jeweilige Steuerschuld.

Da die Umsätze des Klägers, die auf die Einstellung, Fütterung und Betreuung der ihm anvertrauten Pferde entfallen, sich aber nicht als Umsätze gemäß § 12 Absatz 1 UStG, sondern als Umsätze gemäß § 12 Absatz 2 Nr. 3 UStG darstellen, die nur mit einem **halben Steuersatz** belastet sind, zahlte der Kläger für die Jahre 1973 bis 1980 insgesamt **unstreitig DM 35.688,05 zuviel an Umsatzsteuer**, da die Umsätze des Klägers aus dem letzteren Bereich 4/5 seiner Gesamtumsätze ausmachen, wie selbst die Beklagte nicht in Abrede gestellt hat.

Hierauf hat der Kläger sich aber im Wege des **Vorteilsausgleichs** DM 13.032,31 anrechnen zu lassen.

Da der Kläger den oben ausgewiesenen Betrag zuviel in dem fraglichen Zeitraum an Umsatzsteuer entrichtet hat, wurde um diesen Betrag auch sein Einkommen, welches als Basis für die Berechnung der Einkommen-, Kirchen- und Gewerbesteuer dient, reduziert, so daß er insoweit bezüglich der zuletzt genannten Steuerarten zu geringe Steuern zahlte.

Unter Berücksichtigung von §§ 7, 11, 16 GewStG ergibt dies eine Gewerbesteuerersparnis in Höhe von insgesamt unstreitig DM 3.614,15 und eine Einkommen- und Kirchensteuerersparnis gemäß §§ 32 a, 51 a EStG in Verbindung mit dem Nds. Kirchensteuergesetz in Höhe von insgesamt unstreitig DM 9.218,19, insgesamt also DM 13.032,31. Wegen der Einzelheiten der Berechnung wird auf die zutreffende Berechnung d. GA Bezug genommen.

Im vorliegenden Falle kann auch nicht die Anrechnung der DM 13.032,31 im Wege des Vorteilsausgleichs deshalb unterbleiben, weil – wie der Kläger vorträgt – die begehrte Schadenersatzleistung sich ihrerseits wieder als betriebliche Einnahme darstellt, die den Gewerbeertrag desjenigen Wirtschaftsjahrs erhöht, in dem sie ihm zufließt und auch für dieses Jahr steuerlich gewertet wird, so daß dies zu einer ertragssteuerlichen Mehrbelastung wegen der anderen Steuersätze verglichen mit denjenigen führt, die sich ergeben hatte, wenn die in diesem Zusammenhang relevanten Erträge, verteilt auf die früheren Veranlagungszeiträume, angefallen waren.

Dieser Vortrag des Klägers ist in seinem Grundsatz zwar zutreffend, im vorliegenden Falle vermag er aber dennoch keine rechtliche Relevanz zu bewirken. **Der Kläger hat es unterlassen, diese Ertragssteuer- und Einkommenssteuermehrbelastung zu berechnen oder zumindest das erforderliche Zahlenmaterial mitzuteilen,** so daß das Gericht die erforderlichen Berechnungen hätte anstellen können.

### Haftung des Steuerberaters

- Verdienstbescheinigung
  - Auskunftsvertrag mit Kreditgeber
- (LG Paderborn Ur. v. 19.10.1989 – 3 O 304/89)

#### Leitsätze (d. Verf.):

1. Die dem Mandanten erstellte Verdienstbescheinigung begründet keinen stillschweigenden Auskunftsvertrag mit einem Kreditgeber des Mandanten.
2. Aus dem Verlangen nach einer Verdienstbescheinigung kann nicht geschlossen werden, daß diese zum Zwecke der Kreditbeschaffung benötigt wird.

#### Aus den Gründen:

Der Klägerin stehen Schadenersatzansprüche gegen die Beklagten aus positiver Vertragsverletzung nicht zu. Schon nach dem eigenen Vorbringen der Klägerin ist das Bestehen eines Auskunftsvertrages oder eines sonstigen vertragsähnlichen Verhältnisses zwischen den Parteien nicht zu bejahen. **Unstreitig ist die Verdienstbescheinigung nicht von den Beklagten selbst, sondern von dem Kreditnehmer S. an die Klägerin übersandt worden.** Eine vertragliche Haftung gegenüber einem Dritten, auf die Auskunft Vertrauenden, kommt nur ausnahmsweise in Betracht, wenn die Auskunft auch für ihn bestimmt war und der

Auskunftgeber positiv gewußt hat, daß sie für weitere Kreise von erheblicher Bedeutung und unter Umständen Grundlage entscheidender Vermögensdispositionen sein werde (vgl. Palandt-Thomas, 46. Auflage, § 776 Anm. 3 b; BGH Betriebsberater 1976, 855; BGH NJW 1976, 180). Die Klägerin hat jedoch nicht substantiiert dargetan, daß die Beklagten bei der Ausstellung der Verdienstbescheinigung erkannt haben, daß diese bei einer privaten Kreditaufnahme des Geschäftsführers S. Verwendung finden sollte. Nach dem in der mündlichen Verhandlung vom 19. 10. 1989 korrigierten Vortrag der Beklagten ist die Verdienstbescheinigung für einen bestimmten Zweck, nämlich für die GmbH zur Vorlage bei der Bank in H. wegen der Einzahlung des Stammkapitals ausgestellt worden. Aber auch wenn man dem nicht folgt, läßt sich der Verdienstbescheinigung jedenfalls nicht entnehmen, daß sie für private Kreditgeber des S. bestimmt war. Dagegen spricht bereits der Umstand, daß Adressat der Bescheinigung die GmbH und nicht S. persönlich war. Es kann auch aus dem Wesen einer Verdienstbescheinigung keineswegs darauf geschlossen werden, daß sie regelmäßig für die Bonitätsprüfung bei Kreditvergaben verwendet wird. **Die denkbaren Verwendungszwecke sind vielmehr zahlreich; insbesondere werden Verdienstbescheinigungen auch zur Vorlage bei Behörden benötigt, um das Über- oder Unterschreiten bestimmter Einkommengrenzen glaubhaft zu machen, ohne daß es dabei auf Fragen der Bonität ankäme.** Etwas anderes ergibt sich auch nicht aus den von der Klägerin zitierten Entscheidungen des OLG Hamm vom 29. 4. 1986 (NJW RR 1987, 209) und des OLG Köln vom 20. 10. 1987 (NJW RR 1988, 335). Die dort behandelten Fälle sind anders gelagert; insbesondere ist in beiden Entscheidungen festgestellt worden, daß dem Auskunftgeber die Verwendung der von ihm erteilten Auskunft zum Zwecke der Kreditbeschaffung positiv bekannt war.

Die Beklagten haften auch nicht unter dem Gesichtspunkt eines **Vertrages mit Schutzwirkung zugunsten Dritter**. Es ist nicht zu erkennen, daß die Klägerin in den Schutzbereich eines Auskunftsvertrages zwischen den Beklagten und der GmbH bzw. S. einbezogen war. Es fehlt an der insoweit erforderlichen Kenntnis der Beklagten, daß die Klägerin als private Kreditgeberin des S. zu einem überschaubaren Kreis von Interessenten gehörte, an den die Auskunft gerichtet war (vgl. BGH VersRecht 1986, 35).

Für Schadenersatzansprüche aus unerlaubter Handlung gemäß den §§ 826, 823 BGB i.V.m. § 263 StGB sind erst recht keine ausreichenden Anhaltspunkte vorhanden. Daß die Beklagten in betrügerischer Absicht gehandelt hätten, wird auch von der Klägerin nicht behauptet.

## **Versicherungsschutz des Wirtschaftsprüfers / Steuerberaters**

- Wirksamkeit der AVB
- Versicherungsausschluß wegen der Empfehlung von wirtschaftlichen Geschäften, § 4 Zif. 4 AVB
- Versicherungsausschluß wegen wissentlicher Pflichtverletzung, § 4 Zif. 6 AVB  
(LG Stuttgart Ur.t.v. 12.12.1989 – 17 O 279/89 – rkr.)

### **Leitsätze (d.Verf.):**

1. § 4 Zif. 4 AVB – Versicherungsausschluß wegen der Empfehlung wirtschaftlicher Geschäfte – ist nicht überraschend im Sinne § 3 AGB-Gesetz.
2. § 4 Zif. 4 AVB ist nicht unklar im Sinne § 5 AGB-Gesetz.
3. Im Deckungsprozeß ist das Gericht an die Feststellungen des Haftpflichtprozesses nur insoweit gebunden, als Voraussetzungsidentität besteht: Die Frage, ob für den Versicherungsnehmer Versicherungsschutz besteht, muß identisch mit der im Haftpflichtprozeß geklärten Frage sein, ob ein Anspruch des Geschädigten gegen den Versicherungsnehmer gegeben ist.
4. Die Nichtaufdeckung einer Interessenverflechtung wegen eigener Beteiligung an einer Gesellschaft stellt einen wissentlichen Verstoß gegen Standespflichten dar, wenn gleichzeitig der Rat gegeben wird, das Geld als Darlehen in dem Unternehmen anzulegen.

### **Zum Sachverhalt:**

Der Kläger, ein Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, machte Ansprüche aus einer Haftpflichtversicherung für Vermögensschäden geltend.

Er wurde wegen fahrlässiger Verletzung eines Auskunftsvertrages rechtskräftig verurteilt, an die Geschädigte DM 808.616,58 zuzüglich Zinsen zu zahlen.

Der Entscheidung des OLG lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Die Geschädigte hatte dem Kläger ihre laufende Beratung in Wirtschafts- und Steuerangelegenheiten übertragen. In diesem Zusammenhang sprach die Geschädigte den Kläger darauf an, wie sie einen Betrag von DM 800.000,– gewinnbringend anlegen könne. Der Kläger riet ihr für den Fall, daß sie einen höheren Zins als durch Anlage bei einer Bank erzielen wolle, u. a. zur Gewährung eines Darlehens an die D. GmbH & Co. KG und die A. St. GmbH & Co. mit dem Hinweis, daß er diese Unternehmen als Steuerberater und Wirtschaftsprüfer betreue, die Bilanzen erstelle und deshalb über die wirtschaftliche Situation im Bilde sei; er selbst habe schon wiederholt Darlehen zur Verfügung gestellt. Die Geschädigte unterzeichnete die vom Kläger entworfenen Darlehensverträge und zahlte die Gelder entsprechend aus. Wegen Eröffnung des Konkursverfahrens kam es aber nicht zur Rückzahlung der Darlehensbeträge.

**Aus den Gründen:**

Die beklagte Versicherung beruft sich zu Recht auf den Haftungsausschluß des § 4 Nr. 4 AVB (Anlage K2). Diese Bedingungen für die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung sind Allgemeine Geschäftsbedingungen im Sinne des AGB-Gesetzes.

**§ 4 Nr. 4 AVB ist weder überraschend im Sinne des § 3 AGB-Gesetz noch unklar im Sinne des § 5 AGB-Gesetzes.**

§ 3 AGB-Gesetz ist nur bei einer Klausel mit starkem **Überraschungsmoment** anwendbar. **Diese muß so ungewöhnlich sein, daß der Kunde keinesfalls mit ihr zu rechnen brauchte; ihr muß ein Übertölpelungs- oder Übertölpelungseffekt innewohnen** (Palandt/Heinrichs, BGB, 48. Aufl., § 1 AGBG, Anm. 2 a) m.w.N.). Ob § 3 AGB-Gesetz anwendbar ist, ist nach den Verständnismöglichkeiten der regelmäßig zu erwartenden Durchschnittskunden zu beurteilen (a.a.O. Anm. 2 b) m.w.N.), d. h. hier nach den Verständnismöglichkeiten eines durchschnittlichen Steuerberaters und Wirtschaftsprüfers.

**Die AVB der Beklagten sind übersichtlich – vergleichbar einem Gesetz – in Abschnitte und Paragraphen gegliedert.** Die Überschriften der Abschnitte und der Paragraphen sind durch Fettdruck hervorgehoben. Der Abschnitt A trägt die Überschrift „Der Versicherungsschutz (§§ 1 – 4)“; die einzelnen Paragraphen tragen die Überschriften „§ 1 Gegenstand der Versicherung“, „§ 2 Vorwärts- und Rückwärtsversicherung“, „§ 3 Beginn und Umfang des Versicherungsschutzes“ und „§ 4 Ausschlüsse“. Diesen Bestimmungen folgt der Abschnitt „B Der Versicherungsfall“. Bereits aus diesen Überschriften ist erkennbar, daß die genannten Paragraphen den Inhalt des Versicherungsschutzes umschreiben und eine Abgrenzung zu nicht versicherten Handlungen vornehmen. Für einen durchschnittlichen Steuerberater und Wirtschaftsprüfer liegt es auf der Hand, daß eine Berufshaftpflichtversicherung nur zum Berufsbild gehörende Tätigkeiten deckt und daß die allgemeinen Versicherungsbedingungen mögliche Abgrenzungsfälle – typisiert – regeln. Deshalb ist der Umstand, daß § 4 AVB auch solche Abgrenzungsfälle regelt, nicht überraschend.

**§ 4 Nr. 4 AVB ist auch nicht unklar im Sinne § 5 AGB-Gesetz.**

Die Begriffe „Empfehlung“ und „Auskunft“ sind in § 4 Nr. 4 AVB nicht definiert. Dies ist für eine eindeutige Abgrenzung auch nicht erforderlich. Nach dem allgemeinen Sprachverständnis sind diese Begriffe deutlich zu unterscheiden: „Empfehlung“ bedeutet „empfehlender Vorschlag, Rat, Hinweis, Tip“ oder „empfehlende, lobende Beurteilung, Fürsprache“ (Duden, Das große Wörterbuch der deutschen Sprache in 6 Bänden; Brockhaus/Wahrig, Deutsches Wörterbuch in 6 Bänden, jeweils zum Stichwort „Empfehlung“). „Auskunft“ bedeutet dagegen „auf eine Frage hin gegebene Information über jemanden oder etwas“ oder „aufklärende Mitteilung, Belehrung, Unterrichtung, Antwort

auf eine Anfrage" (a.a.O. Stichwort „Auskunft"). In diesem Sinne sind beide Begriffe auch in den AVB der Beklagten zu verstehen. Sie dienen dazu, **zum Kern des Berufsbildes gehörende Tätigkeiten der Versicherten, die objektive Auskunft über wirtschaftliche Sachverhalte, abzugrenzen von Tätigkeiten, die darüber hinausgehen und im Kern dem Beruf des Anlageberaters, Anlagevermittlers, Immobilien- oder Kreditmaklers zuzurechnen sind.** Für letztere, nicht zum eigentlichen Tätigkeitsbild eines Wirtschaftsprüfers oder Steuerberaters gehörende Tätigkeit soll eine Haftung der Versicherung nicht in Betracht kommen.

Die Begriffe dienen nicht – wie der Kläger meint – der Abgrenzung eines unverbindlichen Rats oder einer Empfehlung im Sinne des § 676 BGB von einem verbindlichen Rat oder einer verbindlichen Auskunftserteilung mit möglichen Haftungsfolgen. Dies ergibt sich schon daraus, daß der Versicherte für einen unverbindlichen Rat oder eine solche Empfehlung nicht haftet und schon deshalb eine Schadensübernahme durch seine Versicherung nicht in Betracht kommt.

Das Verhalten des Klägers gegenüber der Geschädigten fällt schon nach seinem eigenen Vortrag unter den Ausschlußtatbestand des § 4 Nr. 4 AVB. Er führt in seiner Klagebegründung u. a. aus: „Der Kläger riet ihr (der Geschädigten) als Investitionsmöglichkeit u. a. zur Gewährung eines Darlehens". Dabei ist unerheblich, daß der Kläger für sein Verhalten das Wort Rat („... riet ...") verwendet; „Rat" und „Empfehlung" sind nach dem allgemeinen Sprachverständnis Synonyme (siehe hierzu die entsprechenden Stichworte bei Duden, a.a.O. und Brockhaus Wahrig, a.a.O.). Zudem ergibt sich aus dem weiteren Vortrag des Klägers, daß es sich um einen Rat bzw. eine Empfehlung handelte. Er versah seine Erklärung gegenüber der Geschädigten nämlich mit dem Hinweis, daß sein Büro diese Unternehmen als Steuerberater und Wirtschaftsprüfer betreue, die Bilanzen erstelle und deshalb über die wirtschaftliche Situation im Bilde sei, und daß er sich deshalb selbst schon wiederholt finanziell bei diesen Firmen engagiert habe. Diese Hinweise kann ein unbefangener Gesprächspartner nur so verstehen, daß alle Umstände für ein finanzielles Engagement bei diesen Firmen sprechen; Gründe gegen ein Engagement hat der Kläger nicht erwähnt, obwohl sich solche angesichts der ihm bekannten wirtschaftlichen Lage beider Firmen geradezu aufgedrängt haben.

Hinzu kommt, daß die Geschädigte mit dem Kläger auf Empfehlung Dritter einen Vertrag zur Besorgung ihrer laufenden steuerlichen Angelegenheit geschlossen hatte.

Weiter ist der Kläger als Wirtschaftsprüfer gegenüber einem Nur-Steuerberater durch strengere Auswahlkriterien und die Exklusivität der geringen Zahl hervorgehoben. Seine Äußerungen haben deshalb in finanziellen Angelegenheiten besonderes Gewicht.

Der Kläger kann sich nicht darauf berufen, daß das OLG die rechtlichen Beziehungen zwischen ihm und der Geschädigten als Auskunftsvertrag gewertet hat. **Die Kammer ist im Deckungsprozeß an die rechtskräftigen Feststellungen des OLG im Ausgangsverfahren nur gebunden, soweit Voraussetzungsidentität besteht, d. h. soweit die Voraussetzungen für die Frage, ob für den Versicherungsnehmer Versicherungsschutz besteht, identisch sind mit denen zur Klärung der Frage, ob ein Anspruch des Geschädigten gegen den Versicherungsnehmer besteht.** Voraussetzungsidentität besteht hier nur für die Frage, ob zwischen der Geschädigten und dem Kläger ein verbindlicher Vertrag bestand oder ob es sich um eine Gefälligkeit ohne Rechtsbindung im Sinne des § 676 BGB handelte. Das OLG Stuttgart hat eine Rechtsbindung bejaht und deshalb, neben anderen Gründen, eine Haftung des Klägers. Dagegen war es für die Entscheidung des OLG unerheblich, ob das Verhalten des Klägers als Auskunft über einen wirtschaftlichen Sachverhalt oder als Empfehlung zu werten ist: Der Kläger haftet bei schuldhafter Pflichtverletzung in beiden Fällen der Geschädigten.

Der Kläger kann sich auch nicht darauf berufen, sein Verhalten gegenüber der Geschädigten sei Auskunft und Empfehlung zugleich; in diesem Fall sei der Haftungsausschluß für die Empfehlung nicht anwendbar. Wie ausgeführt, ist zu unterscheiden, zwischen der objektiven, zum typischen Berufsbild eines Steuerberaters oder Wirtschaftsprüfers gehörenden Auskunft über einen wirtschaftlichen oder steuerlichen Sachverhalt und einem Rat oder einer Empfehlung bei einer Anlageberatung oder Anlagevermittlung, die über dieses typische Berufsbild hinausgreift. Der Ausschlußgrund „Empfehlung“ besteht auch dann, wenn diese Elemente einer (objektiven) Auskunft über einen wirtschaftlichen Sachverhalt enthalten sollte.

Der Beklagte kann sich außerdem auf den Ausschlußgrund des § 4 Nr. 6 ihrer AVB berufen.

**Der Kläger hat durch seinen Rat, das Geld der Geschädigten als Darlehen an D. und die S.-GmbH & Co. anzulegen, wissentlich gegen seine Standespflichten verstoßen.** Er unterliegt als Wirtschaftsprüfer und Steuerberater besonders strengen Maßstäben bei der Ausübung seines Berufs. Dazu gehört die Wahrung der Neutralität und Objektivität. Er hat nach den Berufsrichtlinien der Wirtschaftsprüferkammer u. a. seine Tätigkeit zu versagen, wenn seine Unabhängigkeit gefährdet ist oder er sich befangen fühlt oder wenn ein sachlich vernünftiger Grund besteht, aus dem die Besorgnis abgeleitet werden kann, er sei befangen, also innerlich nicht frei. Die Standesrichtlinien konkretisieren die in der Wirtschaftsprüferordnung (BGBl. I 1975, S. 2803) niedergelegten Berufspflichten. Nach § 49 Wirtschaftsprüferordnung hat ein Wirtschaftsprüfer seine Tätigkeit zu verweigern, wenn die Besorgnis der Befangenheit bei der Durchführung eines Auftrags besteht.

Der Darlehensvertrag zwischen D. und der Geschädigten sollte zur „Finanzierung von Betriebsmitteln bei der D.-Holding verwendet werden“. An dieser D.-Holding war der Kläger jedoch mit 19% beteiligt. Außerdem ist er unstreitig mit D. seit vielen Jahren freundschaftlich verbunden. D. war auch Geschäftsführer der S.-GmbH & Co., welcher die Geschädigte auf den Rat des Klägers ein Darlehen von 300.000,- DM gewährte. **Der Kläger hat der Geschädigten seine Beteiligung an der Firma und seine persönliche Beziehung zu D. nicht offenbart.** Er hat der Geschädigten damit die Möglichkeit genommen, die Empfehlung des Klägers unter diesem Gesichtspunkt zu prüfen und zu erwägen, ob sie gleichwohl seinem Rat zu folgen bereit ist. Die Bestimmungen der Wirtschaftsprüferordnung und die Berufsrichtlinien der Wirtschaftsprüferkammer, insbesondere die dort niedergelegten Grundsätze zur Unabhängigkeit und Unbefangenheit, sind dem Kläger wie jedem Wirtschaftsprüfer, bekannt. Außerdem ist er in der Gesellschafterversammlung der D.-GmbH v. 18. 11. 1982 auf seine Interessenverflechtung mit D. wegen seiner Beteiligung und seiner Tätigkeit als Wirtschaftsprüfer hingewiesen worden. K., ein Vertreter der S.-Bank, eines Kreditgebers der Firma, hat in dieser Besprechung gefordert, eine Entflechtung dieser Interessen vorzunehmen.

**Der Kläger hat außerdem gegen § 4 Nr. 6 AVB verstoßen, weil er die beiden Darlehensverträge selbst entworfen hat, obwohl ihm dies nach dem Rechtsberatungsgesetz verboten war.**

Da die Voraussetzungen eines Haftungsausschlusses sonach vorliegen, kann ungeprüft bleiben, ob der Kläger der Geschädigten in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise vorsätzlich Schaden zugefügt (§ 826 BGB) und hierdurch ebenfalls einen Haftungsausschluß nach § 4 Nr. 6 AVB (Gesetzesverstoß) begründet hat.

Der dem Kläger durch die Verurteilung durch das OLG Stuttgart entstandene Schaden beruht darauf, daß sein Verhalten die Ausschlußgründe des § 4 Nr. 4 AVB und des § 4 Nr. 6 AVB erfüllt.



## Haftung des Steuerberaters

– Veräußerung von Gesellschaftsanteil und  
Betriebsgrundstück

(LG Wuppertal Urt. v. 6.12.1988 – 5 O 168/88)

### Leitsätze (d. Verf.):

1. Will der Mandant aus einer Gesellschaft ausscheiden und außerdem sein ihm gehöriges Betriebsgrundstück verkaufen, so hat der Steuerberater darauf hinzuwirken, daß der Grundstückserlös als Gewinn aus der Anteilsveräußerung gewertet wird. Nur dann unterliegt der Veräußerungsgewinn dem halben Steuersatz (§§ 16, 34 EStG).
2. Der Steuerberater kann darauf vertrauen, daß der Mandant ihn über den Verkauf des Betriebsgrundstückes zeitnah unterrichtet.

### Aus den Gründen:

Die Klage ist nicht begründet. Dem Kläger steht der aus positiver Vertragsverletzung des Steuerberatungsvertrags, eines dienstvertraglichen Geschäftsbesorgungsvertrages, nicht zu, da eine Vertragsverletzung des Beklagten nicht bewiesen ist.

Der Beklagte hatte allerdings bei der Beratung des Klägers anlässlich seines Ausscheidens aus der Kommanditgesellschaft und der Komplementär-GmbH die Verpflichtung, durch entsprechende zeitliche und sachliche Gestaltung der Verträge und der Veräußerungen dafür zu sorgen, daß unnötige steuerliche Belastungen vermieden wurde. Wollte der Kläger mithin aus dem Gewerbebetrieb ausscheiden und außerdem sein Grundstück verkaufen, das er dem Gewerbebetrieb zur Verfügung gestellt hatte und das deshalb betriebliches Sondervermögen darstellte, so hatte der Beklagte darauf hinzuwirken, daß der Grundstückserlös als Gewinn aus der Anteilsveräußerung gewertet wurde. In diesem Falle unterlag der Gewinn als Veräußerungsgewinn nach §§ 16 Abs. 1 Nr. 1, 34 Abs. 2 Nr. 1 EStG bei der Einkommenssteuer dem halben Steuersatz; außerdem wäre für den Verkauf Gewerbesteuer nicht angefallen. Da hier das Grundstück bereits im Februar 1980 verkauft und im August 1980 umgeschrieben wurde, hätte der Kläger noch im Steuerjahr 1980 aus der Firma ausscheiden müssen (vgl. Herzig: BB 85, 741, 743). **Dies wäre der sichere Weg gewesen, den halben Einkommensteuersatz zur Anwendung zu bringen.**

Um eine zeitnahe Veräußerung der Gesellschaftsanteile durch den Kläger anraten zu können, mußte der Beklagte aber wissen, daß der Kläger das Grundstück bereits verkauft hatte. Solange er hiervon keine positive Kenntnis hatte und nur von einem beabsichtigten Verkauf des Grundstücks und evtl. Austritts des Klägers aus der Firma unterrichtet war, konnte und brauchte der Beklagte eine besondere zeitliche Gestaltung noch nicht anzuraten. Er konnte darauf vertrauen, daß der Kläger ihn über einen so wichtigen Schritt wie den Verkauf des Betriebsgrundstücks zeitnah unterrichtete. Der Beklagte streitet aber ab, vor 1982 von dem Grundstücksverkauf gewußt zu haben.

Die Beweisaufnahme hat nicht ergeben, daß der Beklagte über den Verkauf des Betriebsgrundstücks so rechtzeitig unterrichtet wurde, daß er noch eine steuergünstige Gestaltung anraten konnte.

## **GI Hinweis**

In neuer Auflage und unter Mitarbeit eines neuen Autorenteam ist „Das Rechtsformularbuch“ erschienen. Es bietet praktische Erläuterungen und Muster für das Bürgerliche Recht, Arbeits-, Handels- und Gesellschaftsrecht mit steuer- und kostenrechtlichen Hinweisen (von Andreas Albrecht, Jochen Barthelmess, Dr. Jobst-Hubertus Bauer, Klaus Benthin, Dr. Helmut Götte, Götz Kandler, Helmut Klug, Prof. Dr. Gerrit Langenfeld, Christhard Schiller und Peter Schönefuss, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1863 S., DM 185,-).

Die Autoren haben sich orientiert am Informationsbedürfnis von nicht spezialisierten Rechtsanwälten, Notaren, Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern. Die Formulare gehen von typischen Fallgestaltungen aus. In Fußnoten werden zum Teil Hinweise für weitere Gestaltungsmöglichkeiten gegeben. Kurzgefaßte allgemeine Einführungen helfen rechtliche und tatsächliche Zusammenhänge zu erkennen.

Das in der Neuauflage erheblich erweiterte Buch hilft bei der Formulierung und bei der Vollständigkeits- und Richtigkeitskontrolle.

# Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1-2, 1990)

<b>Agenturgeschäft</b>	90, 36	<b>Treuhänder</b>	
<b>Allgemeine Versicherungsbedingungen</b>		- Mehrwertsteueroption	90, 8
- AGB-Gesetz, § 3 und § 5	90, 42	- Prospektangaben, zugesicherte Eigenschaften	90, 8
- Empfehlung wirtschaftl. Geschäfte, § 4 Zf. 4 AVB	90, 42	- Schadenersatz, negatives Interesse	90, 14
<b>Auskunftsvertrag</b>		- Überwachung Dritter	90, 28
- stillschweigender Abschluß		= Gestaltung d. Zwischen- und Endmietverhältnisses	90, 28
= Verdienstbescheinigung	90, 40	<b>Unternehmensbeteiligung</b>	
<b>Beweislast</b>		- Geschäftswertermittlung d. Stb	90, 3
- f. Fehlberatung	90, 33	= Bonitätsprüfung d. Stb	90, 3
- Rückgabe von Mandantenunterlagen	90, 37	- Haftung f. Altverbindlichkeiten, § 25 Abs. 2, § 28 Abs. 2 HGB	90, 19
- Schaden		<b>Versicherungsschutz</b>	
= bei rechtmäßigem Alternativverhalten	90, 33	- Bindung des Haftpflichturteils	90, 42
<b>Berufsverbot</b>	90, 32	- Empfehlung wirtschaftl. Geschäfte (§ 4 Zf. 4 AVB)	90, 42
<b>Dritthaftung</b>		- wissentliche Pflichtverletzung	
- stillschweigender Auskunftsvertrag		= Nichtaufdeckung einer Interessenverflechtung	90, 42
= Verdienstbescheinigung	90, 40	- Zahlung d. Versicherungsprämie	90, 2
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	90, 19	<b>Vorteilsausgleich</b>	
= Auftrag zur Bilanzerstellung	90, 3	- Steuervorteil	90, 37, 38
= Bewertungsgutachten	90, 3		
= Bonitätsprüfung	90, 3	BGH v. 25.1.1989 - VII ZB 32/88	90, 2
= Darlegung f. Schaden	90, 3	= VersR 1989, 1167	
= Mitwirkung b. Gesellschaftsgründung	90, 19	BGH v. 26.1.1989	90, 32
<b>Fristenkontrolle</b>		= wistra 1989, 181	
- Fristenkontrollbuch		BGH v. 11.7.1989 - II ZB 5/88	90, 32
= Telefax	90, 32	BGH v. 28.9.1989 - VII ZB 9/89	90, 32
- Rechtsmittelauftrag an Kollegen	90, 32	= VersR 1989, 1316	
- Rückfrage bei Mandanten	90, 2		
- Telefax/Telebrief		Bayr. OLG v. 26.10.1987 - 4 St 164/87	90, 2
= Fristenkontrollbuch	90, 32	= StB 1989, 159	
= Prozeßvollmacht	90, 32	OLG Celle v. 20.9.1989 - 3 U 240/88	90, 3
<b>Kenntnis des Steuerrechts</b>		OLG Düsseldorf v. 13.7.1989 - 8 U 223/88	90, 32
- intern. Rechtsregeln	90, 2	= VersR 1989, 1262	
<b>Pferdepensionsbetrieb</b>	90, 39	OLG Düsseldorf v. 27.7.1989 - 12 U 226/88	90, 8
<b>Prospekthaftung</b>		OLG Frankfurt v. 4.4.1989 - 14 U 231/87	90, 33
- ohne Namensnennung in Prospekt	90, 13	OLG Hamm v. 30.9.1989 - 25 U 251/87	90, 36
- d. Treuhänders	90, 13	OLG Hamm v. 11.11.1989 - 25 U 25/88	90, 15
- Vertrauensschaden	90, 14	OLG Karlsruhe v. 24.5.1989 - 6 U 51/88	90, 18
<b>Provisionsgeschäfte</b>		OLG Koblenz v. 9.6.1989 - 2 U 1907/87	90, 2
- Gebühr f. Anlageberatung	90, 15	= NJW 1989, 2699	
- Herausgabepflicht	90, 15		
- Zahlung an Strohmänn	90, 15	OVG Hamburg v. 25.7.1989	
<b>Rechtsanwalt</b>		- OVG Bf VI 64/86	90, 30
- Verantwortungsbereiche f. Fristwahrung		= DSfR 1989, 683	
= Mitwirkung eines Anwalts	90, 32		
- Verkehrs-/Prozeßanwalt	90, 32	LG Köln v. 15.2.1989 - 171 StL 3/89	90, 30
<b>Rechtsberatung</b>		= StB 1989, 335	
- d. Vp	90, 18	LG Köln v. 15.2.1989 - 171 StL 1/89	90, 30
= Ausarbeitung eines Gesellschaftsvertrages	90, 18	= StB 1989, 336	
<b>Steuerberatungsgesetz</b>		LG Oldenburg v. 27.8.1984 - 13 O 864/84	90, 38
- § 57		LG Paderborn v. 19.10.1989 - 3 O 304/89	90, 40
= Zahlung d. Versicherungsprämie	90, 2	LG Stuttgart v. 28.2.1989 - 17 O 602/88	90, 28
- § 67		LG Stuttgart v. 12.12.1989 - 17 O 279/89 (rkr.)	90, 42
= Nichtzahlung d. Versicherungsprämie	90, 2	LG Wuppertal v. 6.12.1988 - 5 O 168/88	90, 47
<b>Steuergestaltungsberatung</b>			
- Agenturgeschäft	90, 36	BfH v. 19.1.1989 - IV R 21/87	90, 32
- Umwandlung	90, 33	= NJW 1989, 2646	
- Veräußerungsgewinn	90, 33		
= Gesellschaftsanteil u. Betriebsgrundstück	90, 47	EG Berlin v. 17.8.1988 - 1 EG 10/88	90, 2
<b>Steuerhinterziehung</b>		= RBeistand 1989, 55	
- Berufspflichtverletzung	90, 2		
- unvollständige Rechnung, § 14 I UStG	90, 2	FG Saarland v. 24.5.1989 - 2 K 214/86	90, 30
- Steuererklärung des StB	90, 2	= DSfR 1989, 719	
<b>Telefax/Telebrief</b>			
- Fristenkontrollbuch	90, 32		
- Übersendung der Prozeßvollmacht	90, 32		